

Kurzbericht aus der Frühjahressession 2009

Die Frühjahressession vom 2. – 20. März 2009 wird mir als meine Premierensession in besonderer Erinnerung bleiben. Nachfolgend ein Auszug aus dem Sessionsgeschehen.

Erste Woche:

Erste Motion eingereicht, Lobby-Veranstaltungen, Minarett-Initiative

In der ersten Woche reichte ich auch meinen **ersten parlamentarischen Vorstoss** ein. In einer Motion, die von 49 Ratsmitgliedern aus den Reihen von SP, Grünen, EVP und CVP mitunterzeichnet wurde, forderte ich den Bundesrat dazu auf, dass die Gesetzgebung auf Bundesebene so anzupassen sei, dass „nach Verkehrsunfällen mit tödlichem Ausgang bei grober Verletzung der Verkehrsregeln“ umgehend der Führerausweis zu entziehen ist. Heute geschieht es leider immer wieder, dass die Verursacher schon nach kurzer Zeit wieder in einem anderen Auto unterwegs sind. Dies kommt daher, dass in den entsprechenden Bundesgesetzen für solche Fälle betreffend Ausweisentzug nur „kann“-Formulierungen verankert sind, was im Vollzug (zu-) grosse Spielräume zulässt.

Spannend war die Erfahrung, was alles an **Lobby-Veranstaltungen rund um den Bundeshausbetrieb** lief. Die Räte werden von allen möglichen Interessengruppen zu Veranstaltungen eingeladen. Es gibt Tage, an denen könnte man an drei Veranstaltungen gleichzeitig sein.

Heftig zur Sache ging es im Rat bei den Beratungen zur SVP-Initiative, die den **Bau von Minaretten** verbieten will. Es gab über 40 Wortmeldungen. Die Debatte machte klar, dass es den InitiantInnen gar nicht um die Türme sondern um den Islam geht. Die Minarett-Initiative wurde vom Rat trotz Bedenken betreffend Einschränkung der Religionsfreiheit für gültig erklärt, aber mit 129 zu 50 Stimmen bei 7 Enthaltungen Volk und Ständen klar zur Ablehnung empfohlen.

Zweite Woche:

Konjunktur: Diskussion drinnen und Demo draussen, Kriegsmaterialexporte

Am 9. März fand die von der SP verlangte **ausserordentliche Session zur Konjunkturlage** statt. Die Debatte führte zu Beginn der zweiten Sessions-Woche zu einem Sitzungsmarathon bis 23 Uhr. Der Verlauf und das Ergebnis der Monsterdebatte waren eher ernüchternd. Die Massnahmen des zweiten Konjunkturpakets sind mit einer Spritze von 700 Mio. Fr. ungenügend, um eine Rezession zu verhindern. Sie konzentrieren sich auf (Bau-) – Investitionen u.a. auch im Bereich der energetischen Sanierung. Der Bundesrat und die bürgerliche Mehrheit blieben zurückhaltend bis mutlos. Ein drittes Paket wird wohl unumgänglich sein. Denn ein solches bräuchte es zur Stützung auch der privaten Nachfrage. Die SP schlägt dazu unter anderem eine Entlastung der Familien bei den Krankenkassenprämien vor und sie will massiv mehr Subventionen für die Förderung der Sonnenenergie.

Während drinnen der Nationalrat tagte, versammelten sich draussen 600 Unia-Industriedelegierte aus Dutzenden von Betrieben. Die Gewerkschaftsbasis forderte in einer Resolution die Räte auf, jetzt Nägel mit Köpfen zu machen, damit die Folgen der Finanzkrise nicht von den Arbeitskräften in den Fabriken ausgebadet werden müssen. Sie forderten Investitionen, eine Weiterbildungsoffensive und den Erhalt der Kaufkraft. Ich tauschte für eine Stunde den Ratssaal mit dem Aktionszelt der Arbeitnehmenden um ihnen zuzuhören und hielt vor den Gewerkschaftern auch meine **erste Ansprache als Nationalrat**.

Keine Chance hatte im Parlament die Initiative für ein **Verbot von Kriegsmaterialexporten**. Den ethisch-humanitären Argumenten der BefürworterInnen, stand die Angst vor dem Verlust an Exporten und Arbeitsplätzen gegenüber. Die Rüstungsindustrie hatte 2008 für 722 Mio. Fr. Kriegsmaterial ans Ausland verkauft. Die Idee der Befürworter, die heutige Rüstungsindustrie beim Umbau auf die Produktion von zivilen Gütern zu unterstützen und so Arbeitsplätze zu erhalten, stiessen bei der Ratsmehrheit auf taube Ohren. Die Initiative wurde nach dreistündiger Redeschlacht mit 122 zu 60 Stimmen abgelehnt.

Dritte Woche:

Waffen ins Zeughaus, Schulbesuch, Tigris

Mit einer Parlamentarischen Initiative verlangte Chantal Galladé, dass die **Ordonnanzwaffen im Zeughaus** aufbewahrt werden müssen. Sie unterlag mit 99 zu 82 Stimmen. Es braucht offenbar den Druck der im Februar eingereichten Volksinitiative „Für den Schutz vor Waffengewalt“, die eine Verschärfung des Waffenrechts, die Aufbewahrung der Waffen im Zeughaus und ein zentrales Waffenregister verlangt, um weitere unnötige Armeewaffen-Todesopfer (durch Amok, Suizid und häusliche Gewalt) zu vermeiden.

Schulbesuch: Mitte der dritten Woche besuchte die 4 Sek. Wettingen das Bundeshaus. Zwei Klassen trafen mich zu einer Fragestunde. Das Gespräch mit den SchülerInnen war mir sehr wichtig. Es ist mir ein Anliegen, bei Jugendlichen das Interesse für Politik zu wecken.

Im Rahmen der Gesetzgebung zur **Bahnreform** war ein Thema besonders umstritten: Soll es künftig möglich sein, dass private Sicherheitsdienste nun auch polizeiliche Befugnisse erhalten und sogar mit Waffen ausgerüstet patroulieren könnten? In der Rats-Abstimmung obsiegt eine SP/SVP-Koalition. Gemeinsam wurde die Idee einer privaten Bahnpolizei vorerst versenkt. Denn das Gewaltmonopol muss in jeden Fall beim Staat bleiben. Dass sieht übrigens auch der Verband Schweizerischer Polizeibeamter so.

Ende der letzten Sessions-Woche war durch die Medien zu erfahren, dass auf Bundesebene ein geheimes Sonderpolizei-Kommando namens „Tigris“ existiert. Nur, was hat der Bund in diesem Bereich zu schaffen? Dies ist in der Schweiz Sache der Kantone und die verfügen schon selber über entsprechende Sondereinheiten. Zudem hatte sich bisher die Schweizer Bevölkerung schon mehrfach gegen eine Bundespolizei ausgesprochen. Um Transparenz zu schaffen, reichte ich eine **Interpellation mit kritischen Fragen betreffend rechtlicher Grundlagen, Verantwortlichkeiten und Finanzierung der „Tigris-Truppe“** ein.

Max Chopard-Acklin, Nationalrat SP, 2. April 2009